

Die Hundertjahrfeier in Griechenland

Die Besuche Sassenbachs, Wallos und der deutschen Flotte

Von Prof. N. Mannios.

Athen, Anfang Mai.

Vor dem Bericht über die nationalen Jubelfeiern sollen zuerst einige Bemerkungen über den Besuch des Genossen Sassenbach, des Sekretärs der Gewerkschafts-Internationale, gestellt werden. Ist dieser Besuch doch für die griechische Arbeiterklasse von ebensolcher Bedeutung wie die Hundertjahrfeier, denn er steht in enger Beziehung mit dem Schicksal der sozialistischen Bewegung unseres Landes, die, wie wir hoffen, uns ein freieres, kultivierteres und weniger armes Griechenland schaffen soll, als es unsere Bourgeoisie in den 100 Jahren der Unabhängigkeit geformt hat.

Genosse Sassenbach hat sein Möglichstes getan, um die Führer der gewerkschaftlichen Bewegung unter eine Kappe zu bringen, die wegen der vier Staatsfeinde in Konflikt geraten waren. Benizelos hatte sie der griechischen Gewerkschaftszentrale eigens zu dem Zweck verliehen, um sie dem Einfluss der Sozialistischen Partei zu entziehen. In der nach Piräus berufenen Versammlung des Nationalrats ist es nun der Geschicklichkeit und Klugheit des liebenswürdigen und verehrten Genossen Sassenbach gelungen, den Konflikt der feindseligen Parteien dahin zu lösen, daß sie sich daraufhin einigten, bis zur Einberufung eines neuen Kongresses friedlich zusammenzuarbeiten. Trotzdem ist bald nach der Abreise des Genossen Sassenbach der Pressefeldzug zwischen Achillis und Agamemnon wieder aufgenommen worden. Beeinflusst von hürgerlichen Parteien, die den persönlichen Ehrgeiz zu schüren verstehen, wird erklärt: Die Intervention Sassenbachs habe zu keinerlei Ergebnis geführt, nichts sei im Grunde geändert worden.

Wenn durch die Anwesenheit Sassenbachs zu diesem Zeitpunkt eine scheinbare Einigung möglich war, so spielte im Unterbewußtsein der Faktor mit: nämlich, der griechischen Zentrale die von Amsterdam gewährte kleine Subvention zu erhalten. Wozu wir bemerken möchten, daß wir der Meinung sind, daß das Geld des europäischen Proletariats erst dann den griechischen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden sollte, wenn sie durch sozialistische Gruppen herausgebildet und gewirkt sind, die ihnen zukommenden Aufgaben wirklich zu erfüllen. Diesen Punkt sollte Amsterdam festlegen, wenn ihm an einer dauernden und festen Zugehörigkeit der griechischen Zentrale gelegen ist.

Um die Jahrhundertfeier, die von der europäischen Presse so eingehend besprochen wurde, hat sich das griechische Proletariat nur wenig gekümmert, eigentlich nur als Zuschauer. Dieser sichtliche Mangel an Interesse für das Fest der nationalen Unabhängigkeit ist aus der Tatsache zu erklären, daß tatsächlich nur die Bourgeoisie Griechenlands von dem gigantischen sieben Jahr (1821—27) dauernden Befreiungskampf des Volkes gegen die Herrschaft des türkischen Feudalismus Gewinn hatte. Ein Kampf, der in dem Glauben geführt wurde, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftliche und geistige Unabhängigkeit zu sichern. Aber leider! Nach „den langen und harterkämpften Kämpfen für die Unabhängigkeit Griechenlands“, wie Wandererde, der Präsident der Arbeiter-Internationale, sie in seiner Botschaft an die griechische Zeitschrift „la vie socialiste“ nennt, — nach einer Freiheit von 100 Jahren — empfindet Griechenland immer noch, daß es arm und unwissend ist. Daß es kein großes Gesamtziel besitzt. Daß das moderne Griechenland da unten im Süden von Europa ein kümmerliches Leben nur für eigensüchtige und materielle Interessen führt. Die griechische Literatur und Wissenschaft begnügt sich damit, die Arbeiten der zivilisierten Welt zu kopieren. Der Unterricht, ein Höhendienst des alten Griechentums, treibt unsere Jugend in eine nationalistische Romantik hinein, die sie zu blinden Opfern der Ausbeutung für die Industrie macht. Die Presse ist käuflich wie zu allen Zeiten. Das Bild des Wohlstands und der Kultur, das unsere Bourgeoisie mit ihren delphischen und anderen Fetten der Welt vorzaubert, ist gänzlich verloren. Wenn das Volk seit 1830 auch zahlenmäßig um die Hälfte vermehrt hat, beginnt es doch nachdenklich zu werden und sich zu fragen: Lohnt es sich, für eine so elende politische Freiheit weiter zu kämpfen? Das moderne Griechenland wäre in der Tat verloren, wenn es seine Unabhängigkeit auf die Gewalt seiner Waffen stütze, statt sich, wie seine Vorfahren, auf die Seelen seiner Söhne zu verlassen, die erfüllt sind von sittlichen Idealen und dem neuen Geiste der Demokratie. Wenn das griechische Volk erst begriffen haben wird, daß seine nationale Unabhängigkeit nur durch die Massen des europäischen Proletariats garantiert werden kann, so wird es, wie wir sind sicher, mit dem Sozialismus marschieren, um Mitarbeiter zu sein an dem Werke der sozialistischen Kultur von morgen.

Solange jedoch die Spaltung im Proletariat besteht, wird keine Macht Benizelos hindern können, nach allen Regeln seiner doppelgängigen Politik kein bürgerliches Griechenland zu modeln. Wallo, der Außenminister des tschechischen Ungarns, ist soeben in Athen empfangen worden. Man weiß nicht recht, warum Benizelos es so eilig hatte, die bisher rein wirtschaftliche Verbindung zwischen Griechenland und Ungarn zu einem politischen Bündnis mit Horthy umzuwandeln. Vielleicht um einen Druck auf die kleine Entente, besonders auf Jugoslawien, auszuüben, das mit der Lösung, die man der Frage der serbischen Anwartschaft auf den Hafen von Saloniki gegeben hatte, nicht recht zufrieden war? Da Ungarn augenscheinlich ein starkes Interesse daran hat, Griechenland günstig zu stimmen, für seine Rückforderungen bei einer Revision des Vertrags von Trianon, ist das Motiv für den Besuch Wallos unklar zu erraten, wie auch die Mithilfe Russlands bei diesem merkwürdigen griechisch-ungarischen Pakt. Russlands verfolgte schon immer das Ziel, Jugoslawien der Stütze seiner Nachbarn zu entziehen.

Tatsache ist, daß Wallo kürzlich in der Türkei gewesen ist. Was sich dort zugetragen hat, ist nicht bekannt geworden. Auch nicht, ob Mustafa Kemal seine Hilfe gegen den Vertrag von Trianon versprochen hat. Aber schon dieses Ereignis lockte unseren Benizelos, die magyarische Freundschaft zu suchen. Benizelos will dem griechischen Volke einreden, daß er ihm Freundschaft mit aller Welt verleiht, nur um sich selbst dadurch in den Augen der friedliebenden Bevölkerung zu erhöhen und sich ein Prestige zu verschaffen. Dieses Prestige wird noch verstärkt durch den Besuch der deutschen Flotte in der Bucht von Phaléon. Man begreift nicht, warum das Deutschland der Nachkriegszeit solche Eile bekundet, im nahen Orient seine militärische Macht zur Schau zu stellen. Gewöhnlich vermeiden es die durch Unglück geschwächten Nationen und Individuen, ihren mächtigen Feinden wieder ihre schwachen Kräfte zu zeigen, um sie nicht zu neuen Rüstungen zu reizen. Das Prestige Deutschlands wird durch den Besuch seiner Flotte in den griechischen Gewässern keinesfalls erhöht. Wiederum ist der politische Diktator Benizelos der einzige, der aus diesem Ereignis Nutzen zieht. Er hat befohlen, der deutschen Flotte einen warmen Empfang zu bereiten und will sich damit in den Augen der griechischen Monarchisten erhöhen, die in den deutschen Kriegsschiffen ein Symbol für die Wiedergeburt des imperialistischen Deutschlands erblicken werden.

Verzweiflungsakt arbeitsloser Frauen

III Warschau, 13. Mai.

Einige hundert arbeitslose Frauen kürzten am Montag das Rathaus in Lodz, drangen in die Büros und zertrümmerten die Einrichtungen verschiedener Zimmer. Eine Polizeibeamtete mußte die Frauen — die Teil-Union nennt sie geschwändelnd — wild geborene Weiber — einzeln hinausgetragen. Erst nach ungefähr vierstündiger angelegter Arbeit konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Die Ausgaben für soziale Zwecke

Sozialrenten 3,5 Milliarden — Beamtenpensionen 3,75 Milliarden

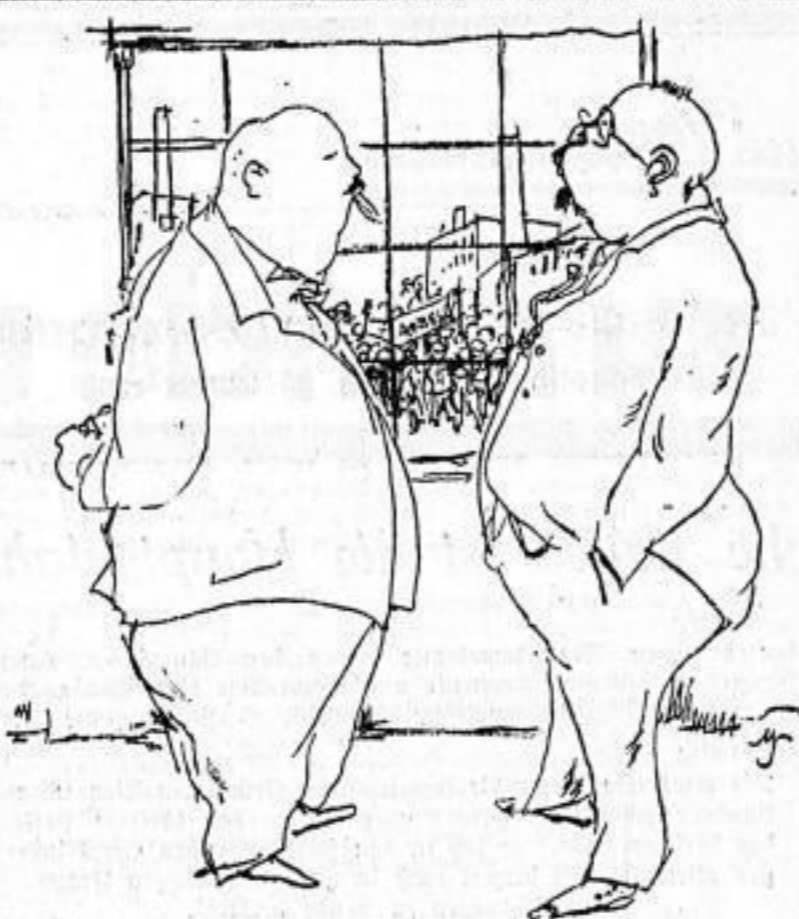
Stegerwald vor dem Hauptausschuß

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Mittwoch mit der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Anshäuser (Soz.) gibt einen Überblick über die zur Debatte stehenden Kürzungen des Sozial Etats. In der Arbeitslosenversicherung, betonte er, zeige der Etat überhaupt keine Sanierung. Die vorgesehene Mittel reichen nicht aus, um die Unterhaltung bei einem Erwerbslosen durchschnitt von 1,2 Millionen zu decken. Es fehlten mehrere hundert Millionen für das Jahr 1930. Die für die Krisenfürsorge vorgesehene 150 Millionen reichten inapp für 200 000 Unterläge. Der Landarbeiterwohnungsbau sei aufs äußerste gedrosselt. Durch die Kürzung des Reichszuschusses zur Familienwohnhilfe ergebe sich ein Fehlbetrag von mindestens zehn Millionen, den die Krankenkassen aufbringen sollten. Die Kürzungen der Zollüberweisungen an die Invalidenversicherung um 40 auf 20 Millionen schaffe einen unerträglichen Ausfall.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Gegenwärtig treten an den Reichsarbeitsminister vier Gruppen heran mit Wünschen, die größere Mehrausgaben erfordern würden, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der In-



Unternehmer:
Ich weiß nicht, was die Arbeitslosen wollen! Sie sollen doch froh sein, daß sie im Mai draußen herum spazieren können.

validenrentner, die Kleinrentner und die Kriegsbeschädigten. Auf der anderen Seite werden mit dem gleichen Nachdruck Forderungen nach Ersparnissen auch beim Sozialetat aufgestellt. Für soziale Zwecke, allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter werden 16,7 Milliarden oder 83 Prozent aller öffentlichen Ausgaben benötigt, auf die wir Einfluss nehmen können. Aus öffentlich-rechtlichen Mitteln bekommen gegenwärtig Renten oder Unterstellungen (die renten- und unterstützungsberechtigten Familienangehörigen einbezogen, aber abzüglich der Doppelsahlungen) gut 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Diese Zahl ist in Wahrheit größer, weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue Ziffern nicht zu ermitteln sind.

Von den Ausgaben der Sozialversicherung entfallen etwa 40 bis 45 Prozent nicht auf Renten und Unterstellungen, sondern auf

Verzehrbonare, Arznei, Heilbehandlung, Wohnhilfe, Arbeitsvermittlung, Berufsbereitung, werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, Verwallung usw., alles Ausgaben, die mit Rentenpflöche nichts zu tun haben, so daß auf Renten und Unterstellungen in der gesamten Sozialversicherung, einschließlich der Arbeitslosen und Kranken, etwa 3,5 Milliarden Mark entfallen, während die Beamtenpensionäre, die Kriegsbeschädigten und die Kleinrentner, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, etwa 3,75 Milliarden Mark an Renten und Unterstellungen beziehen.

Von den 20 Milliarden Mark Ausgaben, auf die wir Einfluss haben, liegen sich allerlei Ersparnisse machen, wenn eine Stelle (beispielsweise Reichsregierung und Reichstag) über diese Mittel nach einem einheitlichen Willen und einheitlichen Gesichtspunkten Anordnungen treffen könnte. Ueber diese Ausgaben verfügen gegenwärtig das Reich, 17 Länder, über 60 000 Gemeinden, 7500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften, 35 Landesversicherungsanstalten usw. Hier sind wir an der Stelle angelangt, wo Wirtschaft- und Sozialpolitik miteinander korrespondieren und die beiderseitigen Interessensphären auf einer einheitlichen Ebene sich begegnen.

In neuerer Zeit wird wieder der Satz variiert: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Dieser Satz enthält für Deutschland nur eine Teilwahrheit. Ich bin überzeugter Anhänger aller Maßnahmen, die geeignet sind, die deutsche Landwirtschaft wieder zur Rentabilität zu bringen. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, wo wir gegenwärtig gesamtwirtschaftlich stehen. An Löhnen und Gehältern werden in Deutschland gezahlt an 46 Milliarden Mark. Diese Ziffern zeigen, was die deutsche Ausfuhr und was insbesondere die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten. Von den 46 Milliarden Löhnen und Gehältern entfallen auf Beamte und Pensionäre 9,6 Milliarden, auf die höheren Angestellten in der Privatwirtschaft, die nicht der Sozialversicherung unterstellt sind, 3 bis 4 Milliarden und auf die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten 33 bis 34 Milliarden Mark.

Größere Ersparnisse sind erst dann bei der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege möglich, wenn wir in absehbarer Zeit zu halbwegs günstigen und konsolidierten Wirtschaftsverhältnissen kommen. Für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützte müssen im laufenden Jahr über drei Milliarden Mark aufgewendet werden. Davon kann bei Bewältigung des Arbeitslosenproblems rund die Hälfte gespart werden.

Abg. Graumann (Soz.) wendet sich gegen die Vorkerbungen auf Abbau des Arbeitslosenschutes. Er zeigte an Hand der neuesten statistischen Ziffern das bedrohliche Anwachsen der Wohlfahrtsunterstützten und richtete an den Reichsarbeitsminister die Frage, wie sich die Reichsregierung die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge denke.

Abg. Schneider (Dem.) wünscht für die Arbeitslosenversicherung die Einführung von Gehältern Klaffen.

Abg. Dr. Brauns (Frp.) hält es für angebracht, daß in die Sozialversicherung nur Kreise einbezogen werden, die sich nicht selbst helfen können.

Reichsarbeitsminister Stegerwald teilte mit, daß eine Beitragserhöhung um 1/4 Prozent zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung heute nicht mehr reiche.

Die Lösung des Arbeitslosenproblems werde in etwa 8 bis 14 Tagen spruchreif.

Abg. Thiel (Vp.) versichert, daß die Deutsche Volkspartei eine Beitragserhöhung nur mitmache, wenn gleichzeitig Reformen durchgeführt würden.

Abg. Beyer (Vp.) wendet sich gegen Beitragserhöhung der Sozialversicherung.

Abg. Schmidt (Dnat.) wünscht Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebungsmaschine; es müsse auf allen Gebieten des Reichsarbeitsministeriums mehr gespart werden.

Abg. Herx (Soz.) wendet sich gegen die Berechnungen des Arbeitsministers, die teilweise unter mißbräuchlichen Entstellungen zum Kampf gegen die Sozialpolitik benutzt würden. Bei den Darlegungen des Ministers sei außer acht gelassen, daß die volkswirtschaftliche Wirkung der öffentlichen Belastung nicht losger von der Höhe der Belastung als von der Art der Verwendung abhängt. Deshalb müsse man die öffentlichen Ausgaben trennen in solche für produktive und solche für unproduktive Zwecke. Die Ausgaben für soziale Zwecke, für Beamtenbesoldung, für Wohnungsbau u. dergl. seien produktiv. Die Sozialausgaben seien gewinnbringend, aber die Summe von 8 bis 9 Milliarden für soziale Zwecke stelle doch nur 1/3 der gesamten öffentlichen Ausgaben dar.

Eine Frau führt

SPD New Delhi, 14. Mai.

Der afghanische Nationalkongress beschloß am Mittwoch, Frau Raibu mit der Führung des Marsches zur Ergreifung des staatlichen Salzdepots in Dharjan zu betrauen.

In einem Interview erklärte Frau Raibu, von befreundeter Seite sei der Versuch gemacht worden, sie von ihrem Vorhaben zurückzuhalten. Sie werde aber an der Spitze der Freiwilligen marschieren und versuchen, die Polizei- und Militärwachen des Salzdepots zu durchbrechen und den Stacheldraht zu durchschneiden, der das Salzdepot von der Außenwelt trenne.

Frau Raibus Schwägerin, Kamali Tschattopadhyaya hat mit der Organisation eines Marsches nach dem staatlichen Salzdepot Bagala, zehn Kilometer von Bombay entfernt, begonnen. Dieser Marsch soll am Sonnabend und Sonntag unter Führung von Frau Kamali unternommen werden.

Steuerstreik

SPD Jalsapur, 14. Mai.

Die Bauern des Rados-Distriktes von Bardoli (Indien) haben beschlossen, die Widerstandsbewegung gegen Großbritannien auf die Gerichtsbarkeit auszuheben. In den nächsten Tagen werden in sämtlichen Orten, in denen sich britisch-indische Gerichte befinden, von den Eingeborenen unabhängige Gerichtshöfe zur Beilegung ziviler Streitigkeiten errichtet werden. Die Bauern haben ferner beschlossen, die Zahlung der Steuern zu verweigern und alle Angestellten und Beamten der Regierung zu boykottieren.

Die Gefängnisse füllen sich

SPD New Delhi, 15. Mai.

Die britisch-indischen Behörden haben am Mittwoch ihre bisherige Praxis der Schonung aller, an der Gandhibewegung aktiv beteiligten Frauen, aufgegeben und zunächst Frau Lalschimpiathi, eine Anhängerin Gandhis, verhaftet. Die Frau wurde nach am gleichen Tage zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort zur Strafverbüßung abgeführt. Die Verhaftung und Verurteilung von Frau Lalschimpiathi wird amtlich als Warnung an Frau Raibu, die gegenwärtige Führerin des geplanten Marsches nach Dharjana, bezeichnet.

Hoover läßt schießen

20 Tote in Nicaragua

SPD Managua (Nicaragua), 15. Mai.

In den letzten Tagen kam es hier wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen amerikanischen Besatzungstruppen und Aufständischen. Die Zahl der getöteten Personen wird amtlich auf 20 beziffert. Außerdem wurden zahlreiche Personen verwundet. Die Regierung verhängte inzwischen den Belagerungszustand über sämtliche Nordprovinzen des Landes. In unterrichteten Kreisen vermutet man, daß die Zwischenfälle auf den bereits vor Monaten ausgewiesenen Rebellenführer Sandino zurückzuführen sind, der wahrscheinlich nach Nicaragua zurückgekehrt ist und sich irgendwo verborgen hält, ohne daß die Behörden seinen Aufenthaltsort bisher hätten ermitteln können.

Amerikanische Rüstungspolitiker

SPD Washington, 15. Mai.

In der Marinekommission des Bundes senats, die sich seit Montag mit den Londoner Flottenabmachungen beschäftigt, wird die Gegnerpartei gegen diese Abmachungen von Tag zu Tag größer. Einwände werden vor allem gegen die Kreuzerparität zwischen Amerika und England erhoben. Auch die Zugeständnisse der amerikanischen Delegation an Japan finden außerordentlich scharfe Kritik.

Das Hemmnis für Reformen

SPD London, 15. Mai.

Das englische Oberhaus beschloß am Mittwoch mit 147 gegen 26 Stimmen in dem Geleß über die Kohlenbergwerke die Bestimmung, die die Einsetzung einer Kommission für die Zwangsfinanzierung von Bergwerken vorsieht, zu streichen. Da die Regierung auf die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung aus wirtschaftlichen Gründen großen Wert legt, wird sich das Unterhaus nachmals mit dem Geleß befassen müssen. Die Kabinettsfrage wird Macdonald jedoch nicht stellen.